

Die „Rote Armee Fraktion“ kündigt den vorläufigen Verzicht auf Anschläge an

RAF bekennt sich zum eigenen Scheitern

Drei Monate nach der „Kinkel-Initiative“, nach der langjährig einsitzende und haftunfähige RAF-Gefangene vorzeitig aus der Haft entlassen werden sollten, haben die RAF-Aktiven in einem Schreiben ihr politisches Scheitern eingeräumt — vorerst wollen sie von Anschlägen auf Repräsentanten von Wirtschaft und Staat absehen.

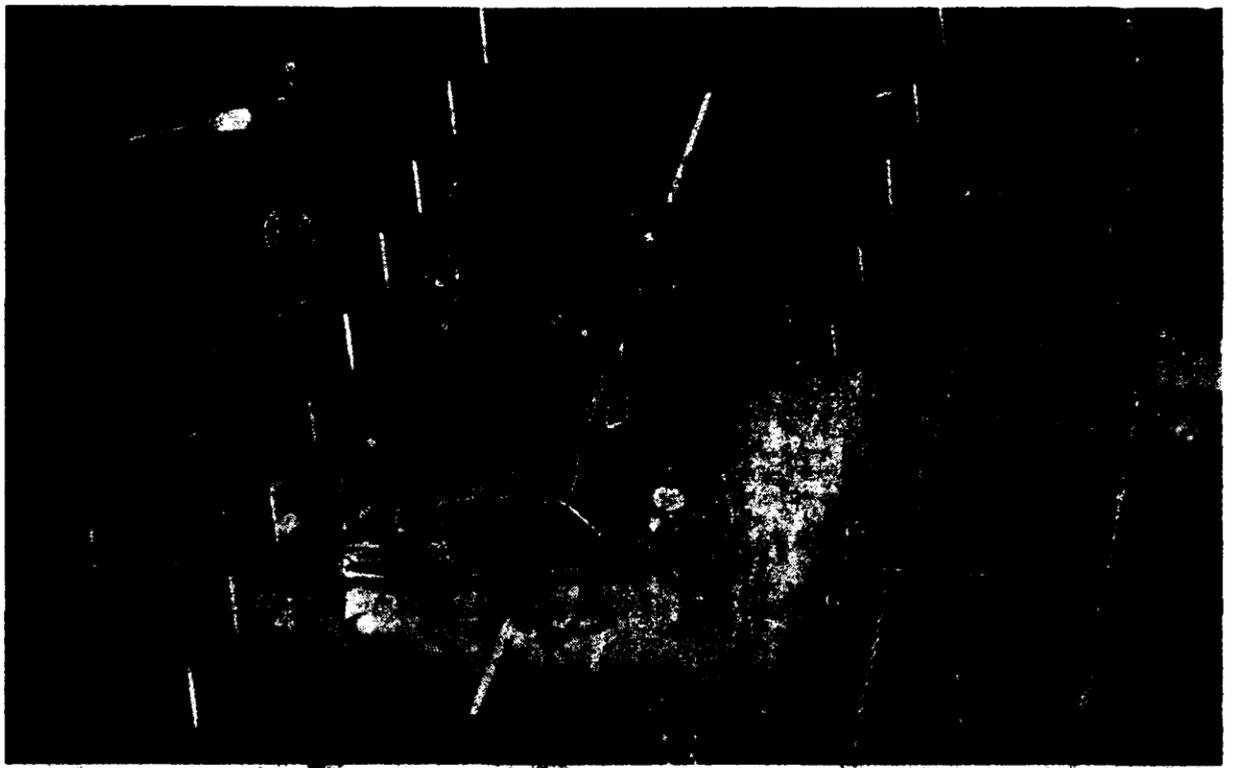
Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) ist nach mehr als 20 Jahren bereit, ihren bewaffneten Kampf einzustellen. In einem Schreiben vom 10. April, das gestern im Bonner Büro der 'Agence France Press' (afp) einging, erklärt die RAF: „Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen.“ Und der entscheidende Satz, der nach den jahrelangen Mißerfolgen in der Fahndung nicht nur in den Amtsstuben der Sicherheitsbehörden einige Erleichterung auslöst: „Daß heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen.“

Das in München aufgegebene Schreiben wird von den Sicherheitsbehörden als authentisch gewertet. Der „notwendige Prozeß“, den die Illegalen der RAF jetzt einleiten wollen, basiert auf einer kritischen Einschätzung der eigenen militanten Geschichte: Dreh- und Angelpunkt der Argumentation ist dabei der letzte Hungerstreik der RAF-Gefangenen im Frühjahr 1989. „Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor 89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind.“ Zentraler Fehler sei gewesen, „daß

wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht.“ Nach Jahren des Konzepts von der „Front in Europa“ räumt die RAF im Rückblick ein, politisch sei Jahre lang isoliert zu sein. Auch der eigene Avantgarde-Anspruch wird zur Disposition gestellt: „Aus unseren Erfahrungen und Diskussionen mit Genossinnen... steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann.“

Im Frühjahr 1989 hatten die RAF-Gefangenen versucht, durch ihren zehnten Hungerstreik eine Zusammenlegung in größere Gruppen durchzusetzen. Zum ersten Mal räumten die Gefangenen in ihren Erklärungen dabei ein, daß es auf staatlicher Seite verschiedene Strömungen und Bestrebungen gibt, das Thema RAF mit einer politischen Lösung zu Ende zu bringen. Auf Seiten der RAF-Aktiven wurde dieser Hungerstreik auch erstmals nicht durch Anschläge und Attentate auf Politiker oder führende Köpfe der Wirtschaft begleitet.

Nach dem Hungerstreik konnte sich aber auch erstmals die Fraktion im Sicherheitsapparat Gehör verschaffen, die den Forderungen der



„Gezielte tödliche Aktionen“ (wie hier der Anschlag auf Bank-Chef Alfred Herrhausen am 30. 11. 89) behinderten laut Erklärung den „jetzt notwendigen Prozeß“.

Inhaftierten ein Stück entgegenkommen wollte, weil sie sich davon versprachen, der aktiven RAF ihr wichtigstes Rekrutierungsargument, die „Isolationstorte“ an den Gefangenen, aus der Hand schlagen zu können. Zuvor hatten sich Intellektuelle, wie die Schriftsteller Walser und Enzensberger, die grüne Bundestagsabgeordnete Vollmer sowie die Geschwister des von der RAF ermordeten Abteilungsleiters im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl, um die Voraussetzungen für eine politische Lösung bemüht. Gestützt wurden diese Versuche durch Experten der Verfassungsschutzämter, die einen ideologischen Zerfall der RAF sahen und die Politiker wiederholt mit ihrer Einschätzung konfrontierten, daß es „ohne Gefangene

keine RAF“ mehr gäbe. Für eine politische Lösung setzte sich auch die nach dem tödlichen RAF-Attentat auf den Treuhänder des Detlev Karsten Rohwedder vom 1. April 1991 ins Leben berufene „Koordinierungsgruppe Terrorismus-Bekämpfung“ (KGT) ein. Unter Federführung von Justizminister Kinkel (FDP), der beim Hungerstreik als Staatssekretär mit den RAF-Gefangenen (ergebnislos) verhandelte, entwickelten die in der KGT vertretenen Spitzenbeamten aus dem Bundeskriminalamt, den Verfassungsschutzbehörden, der Bundesanwaltschaft und dem Innenministerium eine Initiative, nach der bis zu zehn langjährig einsitzende und haftunfähige RAF-Gefangene vorzeitig aus der Haft entlassen wer-

den sollten. Die Initiative wurde schließlich — mit hoher politischer Rückendeckung aus Bonn — im Januar als „Kinkel-Initiative“ veröffentlicht. In ihrem Schreiben hat die RAF auf die Kinkel-Initiative explizit Bezug genommen. Der Justizminister habe „das erste Mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen“. Moniert wird, daß bisher außer der Entlassung der haftunfähigen RAF-Gefangenen Claudia Wannersdorfer „nicht viel davon zu sehen ist“. Kritisiert wird auch die Inkonsequenz, mit der die Sicherheitsbehörden die Kinkel-Initiative umsetzen, insbesondere „die Ankündigung neuer Prozesse gegen Gefangene aufgrund der Kronzeugenaussagen“ der in der DDR ausgestiegenen früheren RAF-Mitglieder.

Die Frage, ob und wie die Pläne des Justizministers umgesetzt werden, ist der eigentlich zentrale Punkt der Erklärung. Eine „wichtige Weichenstellung“ sei, „ob sich in der nächsten Zeit was in diese Richtung bewegt“. Die „Rücknahme der Eskalation“ soll, so die Autoren, „diesen politischen Raum aufmachen“. Anderenfalls, so die offene Drohung, „wenn sie weiter auf Krieg gegen uns setzen, dann ist für uns die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei — wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.“

Wolfgang Gast

DOKUMENTATION

„Wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat einstellen“

Das fünfseitige, auf den 10. April 1992 datierte Schreiben der „Roten Armee Fraktion“, das am Montag bei der Nachrichtenagentur 'afp' in Bonn einging, in einer leicht gekürzten Fassung

(...) wir, die raf, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, dass es für uns wie für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. wir haben überlegt, dass es darum geht, neue bestimmungen für eine politik herauszufinden, die tatsächliche veränderungen für das leben der menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz entreißt. dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame geschichte aller im widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben (...)

1. die tatsache, dass wir alle vor einer völlig veränderten situation im weltweiten kräfteverhältnis standen — die auflösung des sozialistischen staatsystems, das ende des kalten krieges. wir waren damit konfrontiert, dass die vorstellung, im gemeinsamen internationalen kampf einen durchbruch für befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist (...)

2. wir selbst waren damit konfrontiert, dass wir so, wie wir in den jahren vor 89 politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind. wir haben aus verschiedensten gründen keine anziehungskraft mehr für die menschen hier entwickelt, die gemeinsames handeln möglich macht (...)

uns ist klar geworden, (...) dass es so nicht weitergeht, dass wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. (...) wir hatten unsere politik ganz stark auf angriffe gegen die strategien der imperialisten reduziert, und gefehlt hat die suche nach unmittelbaren positiven zielen und danach, wie eine gesellschaftliche alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. dass das hier möglich ist, dass es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt. die verhältnisse zu den leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster linie darüber bestimmt, gemeinsam zum angriff zu kommen. deshalb gab es in der bestimmung gar nicht den raum, dass sie eigene soziale werte in ihrem alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten.

daraus hatten wir die konsequenzen gezogen und zwei jahre lang einen parallelen prozess von neubestimmung und praktischen interventionen versucht. (...) dass wir unseren prozess nicht nachvollziehbar, sondern nur bruchstückhaft als ergebnis unserer diskussion in den erklärungen und briefen vermittelt haben, war ein fehler. (...)

wir denken, (gemeinsame diskussionen und) zusammenhänge können die basis werden von der kraft, die wir gegennacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. solange eine solche gesellschaftliche alternative zur zerstörung und verzweiflung im system nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der naedel verrecken oder in den selbstmord getrieben werden usw., und es wird dabei bleiben, dass immer mehr leute den faschisten hinterherlaufen.

aus unseren erfahrungen und aus den diskussionen mit genossinnen über alle diese fragen steht für uns heute fest, dass die guerilla in diesem prozess von aufbau nicht im mittelpunkt stehen kann. gezielt tödliche aktionen von uns gegen spitzen aus staat und wirtschaft können den jetzt notwendigen prozess im moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte situation für alles, was in anfangen da ist, und für alle, die auf der suche sind, eskalieren. (...)

WIR HABEN UNS ENTSCHEIDEN, DASS WIR VON UNS AUS DIE ESKALATION ZURÜCKNEHMEN. DAS HEISST, WIR WERDEN ANGRIFFE AUF FÜHRENDE REPRÄSENTANTEN AUS WIRTSCHAFT UND STAAT FÜR DEN JETZT NOTWENDIGEN PROZESS EINSTELLEN.

dieser prozess von diskussionen und aufbau einer gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen bestandteil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen mit ein. aus 20 jahren ausnahmszustand gegen die gefangenen, folter und vernichtung, geht es jetzt darum, ihr recht auf leben durchzusetzen — ihre freiheit erkämpfen!

justizminister kinkel hat mit seiner ankündigung im januar, einige haftunfähige gefangene und einige von de-

nen, die am längsten im knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, dass es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, dass sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen. gegen die gefangenen haben sie seit 20 jahren auf vernichtung gesetzt. die kinkel-ankündigung wirft die frage auf, ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerz-verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitorientierten



formulieren und umsetzen. also ob er raum für politische lösungen zulässt (und wenn auch vertretbar aus der wirtschaft dahingehend druck auf die regierung machen, kann das nur gut sein).

DIE HAFTUNFÄHIGEN UND DIE GEFANGENEN, DIE AM LÄNGSTEN SITZEN, MÜSSEN SOFORT RAUS UND ALLE ANDEREN BIS ZU IHRER FREILASSUNG ZUSAMMENKOMMEN!

es ist eine wichtige weichenstellung, ob sich in nächster zeit was in diese richtung bewegt. (...) setzt sich im apparat die fraktion durch, die einsehen, dass sie anfangen müssen, zugeständnisse für politische lösungen zu machen, oder setzen sich die scharfmacher und eisensresser

durch. das wird sich nicht nur am staatlichen verhalten gegenüber den politischen gefangenen zeigen. es gibt auch andere brennpunkte, an denen diese weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. (...) zum beispiel, ob sie den leuten in der hafenstrasse nach zehn jahren kampf weiterhin ihre existenzberechtigung streitig machen. aber langfristig geht es ja um viel mehr: (...) es darf nicht so laufen, dass die politischen gefangenen aus den vernichtungstrakten kommen und danach andere hinein. alle isolationstrakte müssen geschlossen werden! (...)

—es wird sich zeigen, inwieweit die menschen in der e-dr weiterhin im schnellverfahren zu willenlosen objekten in das kapitalistische system gepresst werden sollen oder sie raum erobern können, die entwicklung selbst zu bestimmen. — es ist eine wichtige frage, wie lange noch der staat den rassistismus gegen die flüchtlinge schüren und sie als „untermenschen“ behandeln kann, um sich und die wirtschaft damit aus der verantwortung für arbeitslosigkeit, wohnungsnot, altersarmut usw. zu ziehen. und wie lange er noch diese menschen wieder ins elend zurückschicken kann, das er ständig mit produziert. (...)

vor allem daran, wie an allen diesen fragen (...) kämpfe in der gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer raum für lösungen erkämpft werden kann. (...) wir haben von uns aus jetzt mit der rücknahme der eskalation aus der auseinandersetzung einen schritt gemacht, um diesen politischen raum aufzumachen. jetzt ist die staatliche seite gefragt, wie sie sich verhält; und weil das heute noch niemand weiss, wollen wir den prozess von diskussion und aufbau schützen. wenn sie diejenigen, die diesen prozess für sich in die hand nehmen, mit ihrer walze aus repression und vernichtung plattmachen, also weiter auf krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die phase des zurücknehmens der eskalation vorbei — wir werden uns das nicht tatenlos anschauen. wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, dass ihre eliten auch nicht leben können. auch wenn es nicht unser interesse ist: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden. rote armee fraktion 10.4.1992

„Grundgebot der Versöhnung“

Eine Koalition von Politikern aus Union und SPD will auch nach dem angekündigten Gewaltverzicht der RAF keine Kompromisse schließen. Während die historische

Chance, die Blutspur des Terrorismus zu beenden, im Parteiengenzick zerredet wird, kündigt Justizminister Kinkel neue Schritte zum Abbau der Konfrontation an.

Kurz vor Ostern herrschte bei den Terrorismusfahndern des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) erhöhte Alarmbereitschaft. Ein Jahr nach dem Mord an Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder, der am Ostermontag 1991 in seiner Düsseldorfer Wohnung erschossen worden war, befürchteten die Kriminalisten ein neues Attentat der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF). „Wir rechnen täglich damit“, prognostizierte ein hoher Beamter, „daß es wieder knallt.“

Die Experten hatten sich, wie so oft bei ihren Analysen in den letzten Jahren, getäuscht. Womöglich knallt es nie wieder.

Nach über 20 Jahren bewaffneten Kampfes, der zwischen 1971 und 1991 mehr als 50 Menschen das Leben kostete, kündigten die Terroristen, wenn auch unter Bedingungen, unerwartet einen vorläufigen Gewaltverzicht an.

„Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen“, heißt es in einem RAF-Papier, datiert am 10. April, das am Montag vor Ostern im Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur Agence France-Presse einging.

Die Kommandoebene der RAF gesteht darin das Scheitern ihres Stadtguerilla-Konzepts ein. Nun müsse, vorerst ohne Gewalt, eine neue „Gegenmacht von unten“ organisiert werden. „Wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen“ –

ein Einlenken, auf das Polizisten und Politiker längst nicht mehr gehofft hatten.

Zu lange hatten die Terroristen alle Appelle ignoriert, der Gewalt zu entsagen. Zu lange hatte die RAF demonstriert, daß es gegen Terroristen keinen absoluten Schutz gibt.

Die plötzliche Waffenstillstandserklärung (fingierter Absender: „K. Meyer,

Erlenweg 5, 8 München“), von BKA-Sachverständigen kurz nach Eingang als echt bestätigt, könnte der Anfang vom Ende der blutigen Konfrontation zwischen einer Handvoll Desperados und dem Staat bedeuten.

Ohnmächtig mußten Bürger und Politiker jahrelang hinnehmen, daß es den Terroristen immer wieder gelingen

konnte, Führungskräfte hinterrücks zu erschießen oder in die Luft zu sprengen. Die Liste der prominenten RAF-Opfer reicht von Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der am 7. April 1977 in seinem Dienstwagen ermordet wurde, bis zu Treuhand-Chef Rohwedder.

Nicht der hochgezüchtete Sicherheitsapparat des Staates mit seinem Fahndungsdruck war es, der die Terroristen zur Umkehr bewogen hat. Mehr dazu beigetragen hat eine Initiative von Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP), der Anfang des Jahres die Entlassung kranker und schon lange eingesperrter RAF-Häftlinge angeregt hatte.

Kinkels Anstoß zur „Versöhnung“ konnte von den Terroristen, allein schon im Interesse der Häftlinge, nicht rundweg verworfen werden. Er wird von den RAF-Autoren als Indiz gewertet, „daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen“.

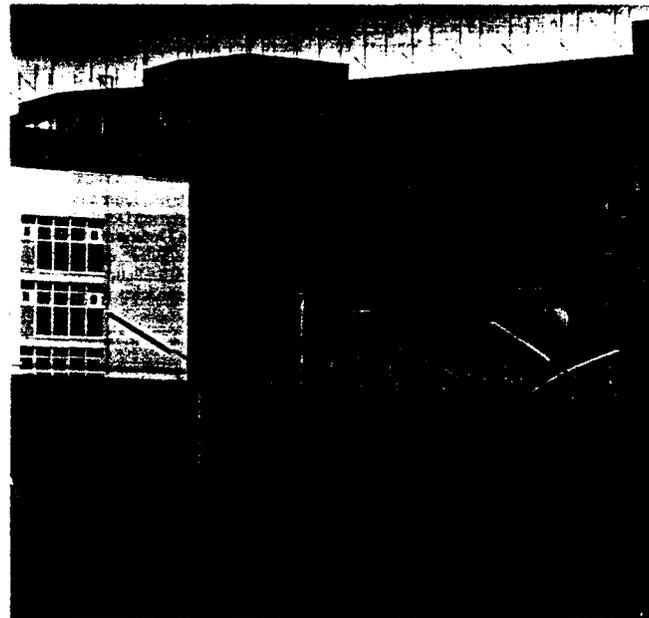
Auch auf die Gefahr von Mißverständnissen hin will Kinkel bei seiner Linie bleiben: „Versöhnung ist

Gesuchte Personen, die der Baader-Meinhof-Bande angehören, mit ihr in Verbindung stehen oder sie unterstützen



Vorsicht Schußwaffen!

Fahndung nach den RAF-Gründern (1972) „Die Eskalation zurücknehmen“



Staatsschutz-Symbol Stammheim, RAF-Emblem: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr“

ein Grundgebot moralisch-ethischer Haltung und ein Prinzip christlichen Denkens“ (siehe Interview Seite 20).

In Bonn stießen Kinkels Vorschläge sofort auf den Widerstand von Betonköpfen aus Union und Sozialdemokraten. Schon bevor das Papier aus dem Untergrund sorgfältig analysiert war, über eine angemessene Antwort des Staates an die RAF überhaupt beraten wurde, kamen die altbekannten Reflexe bei den Politikern zum Vorschein.

Aus der Ferne mühte sich zwar Kanzler Helmut Kohl, derzeit zur Fastenkur in Österreich, mehr Besonnenheit in die Debatte zu bringen. Ausdrücklich ließ er seinen Regierungssprecher Norbert Schäfer den Gewaltverzicht begrüßen und kündigte für die Woche nach Ostern Beratungen zum weiteren Umgang mit den Terroristen an.

Dennoch kritisierte CSU-Chef Theo Waigel ungerührt, der Justizminister setze sich dem Verdacht aus, die RAF als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Innenminister Rudolf Seiters (CDU) wollte die mögliche vorzeitige Entlassung von Terroristen auf gar keinen Fall im Zusammenhang mit dem RAF-Papier debattieren.

Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der Unionstraktion, polemisierte gegen eine „Sonderbehandlung“ von RAF-Gefangenen. Und auch die stellvertretende SPD-Chefin Herta Däubler-

Gmelin warnte vor „Geschäften mit Terroristen“ – ganz so, als habe der Staat den Terrorismus im Griff gehabt.

Doch um Verhandlungen mit der RAF, um Geschäfte mit den Terroristen gar, geht es überhaupt nicht. Fast zum Nulltarif offeriert die RAF, die das



Scheitern ihrer Strategie eingesteht, die Chance zum Frieden: Sie bietet Gewaltverzicht sowie den Einstieg in eine politische Auseinandersetzung; sie erwartet dafür zunächst nur, daß Staat und Justiz die ohnehin anstehende Haftüberprüfung bei einer Reihe von RAF-Häftlingen wohlwollend entscheiden.

Zwar sind die RAF-Angebote, pflichtgemäß, mit martialischen Dro-

hungen garniert: Die RAF werde „nicht tatenlos anschauen“, wenn der Staat weiter mit „Repression und Vernichtung“ reagiere. Doch das Papier erfüllt eine Forderung, die gerade von den Wortführern der „Gegenreformation“ (Kinkel) immer wieder als Vorbedingung etwa für Haft erleichterungen genannt wurde: den Verzicht auf Gewalt.

Die Kritiker haben nicht verstanden, worum es Kinkel wirklich geht: die Behauptung der Terroristen zu entkräften, RAF-Häftlinge würden länger und unter schlechteren Bedingungen eingesperrt als andere Straftäter.

Tatsächlich hat die in Einzelfällen praktizierte besondere Strenge gegenüber RAF-Gefangenen den Terroristen mehr Anhänger zugeführt und mehr Sympathien eingetragen als alle politischen Parolen. Kinkel: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr.“

Ganz oben auf Kinkels Freilassungsliste stehen deshalb RAF-Gefangene, die schon sehr lange sitzen und von Anwälten sowie Ärzten zum Teil als haftunfähig bezeichnet werden:

▷ Irmgard Möller, 44, die 1977 als einzige die Stammheimer Selbstmord-Aktion schwerverletzt überlebte, wegen Mordes und

Mordversuchs zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und seit fast 20 Jahren einsitzt;

▷ Günter Sonnenberg, 37, der bei seiner Festnahme 1977 einen Kopfschuß erlitt, seitdem unter Gedächtnisstörungen und Anfällen leidet, und 1978 wegen versuchten Mordes zu lebenslänglich verurteilt wurde;

▷ Bernd Rößner, 45, wegen des Attentats 1975 auf die deutsche Botschaft in Stockholm ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilt und nach 17 Jahren Gefängnis körperlich und seelisch beschädigt.

Bei insgesamt sieben RAF-Häftlingen steht dieses Jahr die Entlassung oder die reguläre Haftüberprüfung an. Selbst wenn all diese Inhaftierten, wie von Kinkel geplant, in den nächsten Monaten freikämen, könnte von einem Sieg der RAF keine Rede sein.

Tatsächlich sind die Extremisten offenbar inzwischen zu der Einsicht gelangt, daß sie mit ihrem Vorhaben, die gesellschaftlichen Bedingungen in der westlichen Welt mit individuellem Terror zu verändern, gescheitert sind. Das jüngste RAF-Papier ist jedenfalls ein Dokument der Niederlage.

Erstmals analysieren die Untergrundkämpfer selber schonungslos, was ihnen Kritiker aus dem linken Umfeld schon seit Jahren vorwerfen: daß ihre furchtbaren

ren Aktionen nichts bewirken, daß sie nie eine Alternative entwickelt haben, daß es keine Massenbasis für die Stadtguerilla gab und gibt. „Wir haben“, heißt es in der Verlautbarung, „keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht“ – eine realistische Bestandaufnahme, die es seit Gründung der RAF so noch nicht gegeben hat.

Begonnen hatte der Terror Anfang der siebziger Jahre mit Anschlägen auf amerikanische Hauptquartiere, als Protest gegen „US-Imperialismus“ und Vietnamkrieg. Damals habe sich die RAF, erinnert sich Ex-Terrorist Klaus Jünshcke, in einem „Weltbürgerkrieg“ gewährt (siehe Seite 22).

Nach Festnahme der RAF-Gründer Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin gerieten zunehmend Exponenten des verhaßten kapitalistischen Systems, wie etwa der Bankier Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, ins Visier.

Die dritte Generation der RAF, die seit 1985 bombt und schießt, begründete ihre Verbrechen zunächst mit dem Krieg gegen Rüstungsindustrie („militärisch-industrieller Komplex“) und Ausbeutung der Dritten Welt. Seit 1989, nach Mauerfall und Zusammenbruch des Ostblocks, haben sich die Untergrundkämpfer jedoch zunehmend auf den Kampf gegen die „imperialistische Bestie“ und die „reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen“ im Osten eingeschossen.

Vergeblich versuchten Politiker und Polizisten, die Gewalt mit Härte und mit der Vergrößerung des Verfolgungsapparats einzudämmen.

Die Bundestagsabgeordneten stimmen über Parteigrenzen hinweg für das Kontaktsperregesetz, das die Verweigerer so stark einschränkte wie nirgends in Westeuropa, und beschlossen die Einführung neuer Straftatbestände. Horst Herold, ein Jahrzehnt als BKA-Chef mit der RAF konfrontiert, versuchte die Staatsfeinde mit der Informationsmacht von Computern zu besiegen, bis er sich selbst im Gestrüpp seiner Datensammlungen verlor und fiel.

In Stuttgart-Stammheim wurde der Hochsicherheitstrakt errichtet, ein zu Beton erstarrtes Symbol unbeugsamer Staatsräson. Das Bundeskriminalamt wurde zur größten Polizeizentrale Europas ausgebaut – und wurde mit der terroristischen Bedrohung doch nie fertig.

Dennoch spielen sich vor allem Unionspolitiker jetzt als Sieger auf. Aus München ließ sich Innenminister Edmund Stoiber vernehmen, die Umkehr der RAF sei das „Verdienst der konsequenten Haltung des Staates und der Sicherheitsbehörden, die Verhandlungen mit der RAF abgelehnt und diese als

Schwerstrafkriminalen behandelt“ hätten. Und im *Bayernkurier* wies Waigel jeden Gedanken an eine „Versöhnung“ zurück.

Daß Kabinettskollegen wie Waigel jegliches Umdenken ablehnen, betrachtet Kinkel nicht als Hindernis für weitgehende Überlegungen: Sogar eine Novellierung der Antiterrorergesetze und ein Abbau des aufgeblähten Sicherheitsapparats erscheinen dem Justizminister nun möglich.

Zwar ist die RAF, nach Einschätzung der Sicherheitsexperten, jederzeit in der Lage, ihre mörderischen Aktivitäten wieder aufzunehmen. Sie hat auch unverhohlen damit gedroht: Sollte die staatliche

„Eine erhebliche Chance“

Justizminister Klaus Kinkel (FDP) über Terrorismus, Staat und Gewalt

SPIEGEL: Herr Kinkel, ist mit der jüngsten Erklärung der Roten Armee Fraktion, nach 20 Jahren Eskalation der Gewalt, das Ende des RAF-Terrorismus gekommen?

KINKEL: Ich würde mir wünschen, daß es so wäre. Jedenfalls ist es eine völlig neue Entwicklung. Und hoffentlich eine historische Zäsur.

SPIEGEL: Die Erklärung hat Sie und die Sicherheitsbehörden offenbar völlig überrascht.

KINKEL: Ja, das muß ich offen sagen. In dieser Deutlichkeit und zu diesem Zeitpunkt hatte das wohl niemand erwartet.

SPIEGEL: Die Experten haben eher damit gerechnet, daß aus den Zellen heraus eine Erklärung kommt.

Seite weiter auf „Krieg gegen unten“ setzen, heißt es in dem RAF-Papier, sei „die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei“.

Doch Kinkel ist zuversichtlich, daß es soweit nicht mehr kommen wird. Hinter das Eingeständnis, daß ihre Strategie gescheitert sei, könnten die RAF-Täter nicht mehr zurück. Und die langjährige grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, die sich seit Jahren in Gesprächen mit Häftlingen um Deeskalation bemüht, hat in dem Untergrund-Papier sogar „sehr schöne Sätze“ entdeckt, zum Beispiel die Ankündigung der RAF: „Wir werden demnächst über alles genauer reden.“

KINKEL: Das ist richtig. Ich hatte mit meinen Bemühungen zunächst vor allem auf Bewegung unter den Inhaftierten gezielt. Nun bin ich positiv überrascht, daß diese Erklärung, so wie es aussieht, direkt von der RAF-Kommandoebene gekommen ist. Ich appelliere daher dringend an die inhaftierten RAF-Mitglieder, ebenfalls Gewalt abzulehnen, sich auf die neue Situation einzustellen und sich auf die politische Auseinandersetzung zu verlegen. Dies würde den gesamten Weg der Versöhnung erheblich erleichtern.

SPIEGEL: Bedeutet das RAF-Papier nicht nur einen Waffenstillstand auf Zeit, der von den Terroristen jederzeit kündigt werden kann, wenn der

Staat ihre Bedingungen nicht erfüllt?

KINKEL: Zwar werden von der RAF Bedingungen als Voraussetzung für einen dauerhaften Verzicht auf Gewalt gestellt. Doch den Begriff vom Waffenstillstand auf Zeit möchte ich nicht wählen. Die Erklärung der RAF hat eine grundsätzliche Bedeutung, hinter die Analyse ihrer eigenen Lage können die Verfasser der Stellungnahme nicht mehr zurück.

SPIEGEL: Die RAF nimmt wörtlich Bezug auf Sie und lobt Ihren Plan, einige Häftlinge vor der vollen Verbüßung ihrer Strafe vorzeitig freizulassen. Bisher hat sich in Wahrheit jedoch nicht viel getan, nur die in Bayern inhaftierte Claudia Wannersdorfer ist auf freien Fuß gesetzt worden.

KINKEL: Es sind insgesamt, was nicht so sehr nach draußen gedrungen ist, drei Häftlinge freigelassen worden: Thomas Kilpper bereits am 13. November 1991, Claudia Wannersdorfer am 13. Februar und Thomas Thoene am 1. April dieses Jahres. ...

SPIEGEL: Eher Randfiguren der Szene. Die RAF erwartet mehr.

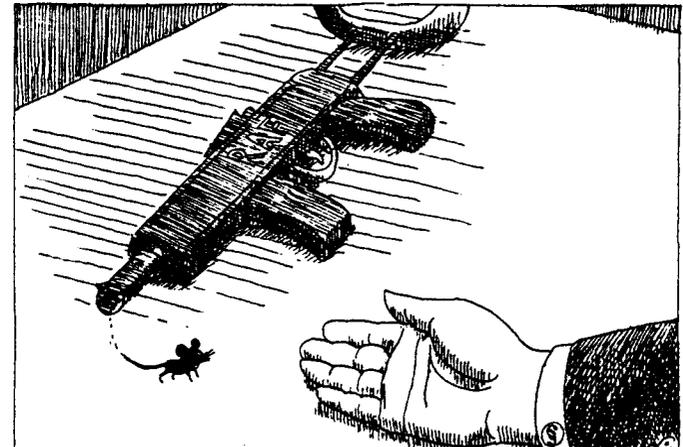
KINKEL: Voriges und dieses Jahr stand und steht bei einer Reihe von RAF-Häftlingen die Regelüberprüfung für die Fortdauer der Haft nach dem Strafgesetzbuch an. Dabei müssen für eine vorzeitige Freilassung der Häftlinge verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Die Häftlinge müssen zustimmen, die Mindesthaftzeit muß verbüßt sein, und es muß eine günstige Sozialprognose geben, daß der Häftling in Freiheit keine Straftaten mehr begehen wird. Außerdem darf die Schuld des Verurteilten nicht so schwer wiegen, daß sich eine Freilassung allein deshalb verbietet.

Die Abklärungen, die dazu notwendig sind, laufen im Augenblick noch. Ich hoffe, daß dies bei einigen Fällen in aller nächster Zukunft zu Ende gebracht werden kann und daß die zuständigen Gerichte bei ihren Entscheidungen die neue Situation berücksichtigen.

SPIEGEL: Will der Staat auch künftig von den Entlassungskandidaten verlangen, formell der Gewalt abzuschwören, oder ist das nun obsolet geworden?

KINKEL: Es wird auch künftig eine Mitwirkung des einzelnen, eine Zustimmung zu den Bedingungen der Haftentlassung erforderlich sein.

SPIEGEL: Können Sie Namen nennen von RAF-Häftlingen, die demnächst freigelassen werden? Gehören dazu zum Beispiel der in Bruchsal einsitzende Günter Sonnenberg, der an den Folgen schwerer Verletzungen leidet, und Irmgard Möller, die mit 20 Jahren die läng-



Annäherung

ste Haftzeit aller Gefangenen hinter sich hat?

KINKEL: Ich will zu Einzelfällen nichts sagen, um den laufenden Prozeß nicht zu stören. Die beteiligten Sicherheitsbehörden und Politiker werden, auch das ist eine Folge des Briefes, unverzüglich über weitere Wege beraten. Es besteht ja auch, unabhängig vom Strafgesetzbuch, die Möglichkeit des Gnadenerfahrens.

SPIEGEL: Gibt es dazu Anträge?

KINKEL: Die Mutter des Inhaftierten Bernd Rößner hat ein Gnadenerfahren beantragt. Dem hat sich Rößner angeschlossen.

SPIEGEL: Die RAF fordert, daß auch der Staat ein deutliches Signal setzen und die Walze aus Repression und Vernichtung, wie die RAF das nennt, anhalten soll. Können und wollen Sie dem nachkommen?

KINKEL: Sicher ist, daß das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muß und daß wir nur im Rahmen der Gesetze handeln können. Wir sind kein Nachwächterstaat, sondern eine wehrhafte Demokratie. Aber wir werden alles prüfen, was im Rahmen der Gesetze denkbar ist.

SPIEGEL: Der Verfassungsschutz und auch Sie sind schon seit Jahren der Auffassung, daß eine Neugestaltung der Haftbedingungen den Zulauf immer neuer Sympathisanten aus den Solidaritätskomitees stoppen und damit mittelfristig das Problem RAF lösen könnte. Ist jetzt der Weg frei für eine Zusammenlegung der Inhaftierten?

KINKEL: Welche Bedeutung die Kommandoebene der Frage der Inhaftierten erbißt, ergibt sich aus dem neuen RAF-Papier selber. Das muß bei un-

ren Beratungen, die vor Ostern bereits begonnen haben, ganz besonders berücksichtigt werden, mehr möchte ich dazu im Augenblick nicht sagen. Ich möchte mir nichts verbauen. Das kann alles nicht im Hauruckverfahren bewältigt werden, hier ist hohe Sensibilität gefragt.

SPIEGEL: Werden jetzt Auswüchse der Gesetzgebung, die der Rechtsstaat glaube der terroristischen Bedrohung entgegenzusetzen zu müssen, zurückgestutzt?

KINKEL: Der Rechtsstaat hat mit seinen Gesetzen und Maßnahmen auf die terroristische Bedrohung reagiert. Sollte sie entfallen, könnten wir an manches denken, zum Beispiel im Bereich des übertriebenen Personenschutzes, aber auch bei den Gesetzen. Denkbar ist auch, den Apparat der Sicherheitsbehörden, der ja erheblich aufgerüstet worden ist, wieder abzuspicken – zum Beispiel zugunsten einer effektiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

SPIEGEL: Kritik an möglichen Kompromissen ist, wie früher schon, prompt aus den Reihen Ihres Koalitionspartners gekommen. CSU-Chef Theo Waigel warnt vor Konzessionen an die RAF.

KINKEL: Ich habe bisher in der Bundesregierung und beim Koalitionspartner CDU eigentlich sehr viel Verständnis für meine Haltung gefunden. Die Hauptkritik kam immer aus Bayern, das empfand ich als wenig hilfreich, das war auch manchmal unter der Gürtellinie. Ich denke trotzdem, daß es gelingen wird, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Niemand sollte die erhebliche Chance verspielen, die wir jetzt haben, um nach 20 Jahren endlich diesen un-



Justizpolitiker Kinkel: „Der Staat ist nicht der ewige Rächer“



Studentendemonstration gegen den Vietnamkrieg in Berlin 1968: „It's time for fighting in the streets now“

„Wir haben absolut gehaßt“

Der RAF-Aussteiger Klaus Jünschke über das Ende des bewaffneten Kampfes

Jünschke, 44, beteiligte sich 1971 an einem Banküberfall, bei dem ein Polizist getötet wurde; 1972 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Gefängnis sogte sich Jünschke vom Terrorismus los und wurde 1988 begnadigt. Der Ex-Terrorist, der inzwischen als Sozialwissenschaftler in Köln lebt, schildert aus seiner Sicht, weshalb Terrorismus entstehen konnte und scheitern mußte.

Am Montag vor Ostern hat die RAF die bundesdeutsche Gesellschaft mit einer Erklärung überrascht, in der sie die vorläufige Einstellung ihres bewaffneten Kampfes ankündigt. Es ist die Antwort auf die Initiative von Bundesjustizminister Kinkel. Zum erstenmal in der Geschichte der RAF wurde von einem Regierenden die Bereitschaft zur Deeskalation signalisiert.

1970 stellte sich für die RAF die Weltlage wie für viele andere Marxisten-Leninisten so dar: das Welt-Dorf (Afrika, Asien, Lateinamerika) im Weltbürgerkrieg gegen die Welt-Stadt (Japan, USA, Westeuropa).

Aus der Identifikation mit den antimperialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt - „Sieg im Volkskrieg“ - ergab sich für sie die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Front im Hinterland, im Rücken des imperialistischen Feindes. Die Rolling Stones lieferten der weltrevolutionären Vision die Musik: „It's time for fighting in the streets now.“

Das ist Geschichte. Das sozialistische Lager existiert nicht mehr, die antimperialistischen Befreiungsbewegungen sind Staat geworden. Die ehemaligen Revolutionäre der Dritten Welt kämpfen heute in der Uno dafür, daß die reichen Länder

ihr Versprechen einlösen und wenigstens ein Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklung an die armen Länder zurückgeben.

Der RAF als antiimperialistischer Stadtguerilla ist der Zusammenhang verlorengegangen, aus dem sie entstand und aus dem heraus sie sich legitimierte. Jetzt stehen sie da mit ihren Bomben und anderen Waffen und wissen, daß es nicht die geeigneten Werkzeuge sind, um die Probleme zu lösen, die wir in unserer immer kleiner werdenden Weltgesellschaft haben.



RAF-Aussteiger Jünschke
„Viele mußten kotzen“

Selbst die RAF hat jetzt begriffen, daß die alltägliche Gewalt, die auf den Menschen lastet und sie klein macht, nicht weggebombt werden kann; nicht die Kindesmißhandlungen, nicht die Abschiebung der Alten, nicht die Gewalt gegen Frauen, nicht der wiederaufgelebte Rassismus.

Daß die RAF dieser Veränderung der internationalen politischen Situation jetzt mit einer Erklärung Rechnung trägt, in der sie die Einstellung ihrer Attentate bekanntgibt, hat auch innergesellschaftliche Ursachen.

Zur Erinnerung: Mit der Befreiung von Andreas Baader 1970 während einer Ausführung in die Bücherei des Zentralinstituts für soziale Fragen in Berlin-Dahlem wurde die RAF gegründet. Dabei verlor einer die Nerven und schoß auf den Institutsangestellten Georg Linke. Einen Menschen schwer zu verletzen, um einen Gefangenen zu befreien, das hatte niemand gewollt. Astrid Proll hat über diesen Beginn berichtet, daß viele, die an dieser ersten Aktion beteiligt waren, anschließend kotzen mußten, so elend fühlten sie sich hinterher. Bereits die Gründungsaktion zeigte, daß der hohe moralische Anspruch - „Dem Volke dienen!“ - in der Praxis des bewaffneten Kampfes nicht gelebt werden konnte.

Was folgte, ist mehr oder weniger bekannt. Die RAF hat über 30 Menschen getötet, und fast ebenso viele RAF-Leute starben in dieser bewaffneten Auseinandersetzung auf der Straße und in den Gefängnissen für ihre Ziele.

Nach lateinamerikanischen Vorbildern kam es zu einer Stadtguerilla in der Bundesrepublik, in Italien und in Japan. Die äußere Ursache für die radikale Politisierung der weltweiten Protestbewegung - der Vietnamkrieg - traf in den Staaten der ehemaligen Achsenmächte auf die innere Ursache der nicht aufgearbeiteten faschistischen Vergangenheit.

Für diejenigen, die nichts verstehen wollen, sei es noch einmal unmißver-

stänglich ausgesprochen: Es geht nicht um eine Rechtfertigung der Existenz und der Aktionen der RAF. Es geht nicht darum, die Täterinnen und Täter zu Opfern zu machen und die Ermordeten und das Leid ihrer Angehörigen zu ignorieren. Es geht nicht um einen Streit, wer größere Schuld an den Geschehnissen hat. Es ist müßig zu diskutieren, wer angefangen hat.

Es gab für die folgende Eskalation keine eigentlichen Anfänge. Und jeder Versuch der Vermittlung wurde roh zurückgewiesen. Staat und Gesellschaft hatten die Kriegserklärung der RAF, die sich als Partei auf seiten der Vietcong in einem Welt-Bürgerkrieg begriff, blindwütig angenommen.

Beides - die Entstehung einer bewaffneten Gruppe in der Bundesrepublik und die Entscheidung auf seiten des Staates, sie bedingungslos zu zerschlagen - kann nur aus der deutschen Geschichte heraus verstanden werden.

Ich wurde in den vergangenen Jahren oft gefragt, warum wir dem Satz des sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ nicht trauten. Meine Antwort: Von Willy Brandt gab es kein Wort der Kritik an der amerikanischen Kriegführung. In der Konfrontation zwischen der Protestgeneration und der Auschwitz-Generation hat die Sozialdemokratie keine Anstalten gemacht, die alten Nazis aus ihren führenden Positionen in Staat und Wirtschaft zu entfernen.

Dazu kam dieses heute kaum noch vorstellbare Haßklima in der Gesellschaft: „Geht doch nach drüben, wenn es euch hier nicht paßt“, und „Ihr gehört doch alle vergast“. Und wir haben genauso kompromißlos und absolut gehaßt.

Es gab keine Kultur der Deeskalation von Konflikten. Vielleicht kann man sich darauf verständigen. Aber ich denke, daß diese Verständigung nur möglich ist, wenn auf der Seite derjenigen, die an ihrem Härteideal festhalten, diese Härte selbst in Frage gestellt wird.

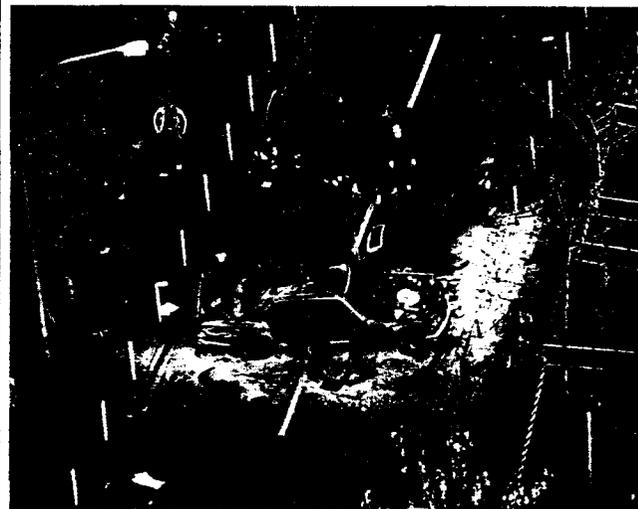
Ein Blick auf ganz andere Gewalttäter, für die in dieser Gesellschaft sehr viel mehr Verständnis aufgebracht wird als für die RAF-Leute, zeigt, wie die an der Spitze des Staates propagierte Härte unten ankommt und weitergegeben wird. Junge Männer, die von einem Männlichkeitswahn und Härteideal verblendet Flüchtlingsheime attackieren, vergreifen sich rücksichtslos an Schwachen.

Wer in diesem Land auf Härte bei der Lösung politischer und sozialer Konflikte setzt, muß wissen, zu welchen Traditionslinien deutscher Geschichte er damit Verbindungen herstellt, daß er Schleusen zu unserer unaufgearbeiteten Vergangenheit öffnet.

Im Hungerstreik des Frühjahrs 1989 forderten die Gefangenen der RAF ihre

Zusammenlegung. Nicht wie CDU- und CSU-Sicherheitsexperten äußerten, um ihre Kampfbedingungen zu verbessern, sondern um kollektiv ihre Geschichte zu diskutieren. Jeder Versuch der Gefangenen, miteinander zu kommunizieren, wurde kriminalisiert. Aber seit über drei Jahren ist mir von keiner und keinem Gefangenen aus der RAF eine Äußerung bekannt, die für die Fortführung der bewaffneten Politik der RAF eintritt.

Daß die RAF die Waffen schweigen lassen und zur Rede, das heißt zur politischen Basisarbeit, zurückkehren will, muß ernst genommen werden. Auch wenn dieses Gesprächsangebot mit Drohgebärden daherkommt.



Herrhausen-Attentat 1989: „Das Gewaltmonopol muß beim Staat bleiben“

Die Bonner Parteien haben mit dem, was sie jetzt bezüglich der RAF und der Gefangenen aus der RAF zu beschließen haben, auch die exemplarische Chance für eine Entscheidung gegen die unaufgearbeitete Vergangenheit, wie sie in den letzten beiden Landtagswahlen sichtbar wurde.

In seinem Vortrag „Erziehung nach Auschwitz“ sagte der Philosoph Theodor Adorno: „Indem man das Recht des Staates (die Staatsräson) über das seiner Angehörigen stellt, ist das Grauen potentiell schon gesetzt.“

Es geht jetzt nicht nur um die Gefangenen. Auch denen aus der sogenannten Kommandoebene der RAF, also denen, die jetzt diese Erklärung abgaben, muß die Amnestie angeboten werden. Für die Menschenrechte, für die Demokratie.

glückseligen Kreislauf der Gewalt zu beenden.

SPIEGEL: Eine schwierige Lage könnte, auch nach dem RAF-Gewaltverzicht, entstehen. Wenn Täter gefaßt und hart verurteilt werden. Ist auch der Gedanke einer Amnestie denkbar geworden?

KINKEL: Wir werden diejenigen, die strafbare Handlungen begangen haben, nicht aus ihrer Verantwortung entlassen können.

SPIEGEL: Sie werden von Unionspolitikern gescholten, weil Sie für eine Versöhnung zwischen Staat und Terrorismus eintreten. Diese Kritiker müssen für Ihren Kurs erst noch gewonnen werden.

KINKEL: Bei meinem damaligen Appell an die RAF draußen und drinnen habe

ich darauf hingewiesen, daß sich der Staat nicht erpressen lassen darf und daß gleiches Recht für alle gilt. Er muß aber auch zur Versöhnung bereit sein, wenn die Gewalteskalation beendet werden kann. Dem Strafrecht ist der Gedanke der Versöhnung ja geradezu immanent, ich habe diesen Begriff sehr bewußt gewählt. Der Staat ist eben nicht der ewige Rächer.

Auch in der vorzeitigen Entlassung von RAF-Häftlingen zur Bewährung liegt das Element der Versöhnung. Versöhnung setzt eben gerade nicht, wie meine Kritiker argumentieren, voraus, daß sich beide Seiten schuldig gemacht haben. Versöhnung ist ein Grundgebot moralisch-ethischer Haltung und ein Prinzip christlichen Denkens.

Wir haben jetzt eine historische Chance, auf diesem Weg voranzukommen.